

# **Radverkehr in Großziethen: Lösung für Karl-Marx-Straße gesucht**

29.09.2021

Die Verbesserung des Radverkehrs in der Karl-Marx-Straße in Großziethen hat für die Schönefelder Gemeindeverwaltung weiterhin Priorität. Darüber informierte die für den Radverkehr zuständige Mitarbeiterin des Baudezernats, Anja Schwuchow, gestern den Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität. Demnach hat die Verwaltung zwischenzeitlich eine Machbarkeitsstudie ausgeschrieben und in Auftrag gegeben, die drei Szenarien für die Radverkehrsführung entlang der viel befahrenen Straße untersuchen soll. Zum einen ist vorgesehen, noch einmal eingehend zu prüfen, inwieweit der vorhandene drei Kilometer lange Rad- und Gehweg entlang der Karl-Marx-Straße durchgehend auf zwei Meter verbreitert werden kann. Dabei solle es zunächst keine Denktabus geben. Auch ein möglicherweise notwendiger Grunderwerb an einigen Stellen der dicht bebauten Straße soll in die Überlegungen einfließen. Parallel werden zwei Alternativrouten östlich und westlich der Karl-Marx-Straße untersucht.

Wie berichtet hatte im Frühsommer eine Entscheidung der Straßenverkehrsbehörde des Landkreises Dahme-Spreewald in Großziethen für Aufsehen gesorgt. Nach der Beschwerde eines Radfahrers hatte die Behörde die Anordnung zur Benutzungspflicht des Radweges aufgehoben, da dieser in seiner Breite nicht auf der kompletten Strecke den Vorgaben der Straßenverkehrsordnung entspricht. In der Folge hätten alle Radfahrer statt des Gehweges die hoch frequentierte und eigentlich ohnehin schon viel zu enge Straße benutzen müssen. Nach einem Vor-Ort-Termin mit Vertretern des Landkreises und der Schönefelder Gemeindeverwaltung fanden beide Seiten einen Kompromiss. Der Radweg wurde mit dem Zusatzzeichen „Radfahrer frei“ versehen, so dass Radfahrer aktuell selbst entscheiden können, wo sie fahren wollen. Für viele Radler ein Idealzustand, aber aufgrund der nach wie vor vorhandenen Engstellen für die Verwaltung noch keine absolut zufriedenstellende Lösung.

Aktuell befindet sich das mit der Machbarkeitsstudie beauftragte Unternehmen in der Bestandsaufnahme. Neben der Klärung der Eigentumsverhältnisse werde untersucht, welche Quell- und Zielverkehre es im Einzelnen gibt und welche übergeordneten Planungen bestehen. Zudem ist eine Befahrung der Strecken geplant. Im Anschluss sollen Grobvarianten erstellt, Kosten ermittelt und Umweltauswirkungen geprüft werden. In einem weiteren Schritt werden die Varianten einander gegenübergestellt und auf ihre Umsetzung hin untersucht. Hier kommen dann auch die politischen Gremien der Gemeinde zum Zug. Auch die Schulen, deren Schüler\*innen den Rad- und Gehweg der Karl-Marx-Straße auf dem Weg zur Schule nutzen, sollen im Laufe des Prozesses beteiligt werden. Der Abschlussbericht soll nach bisherigen Planungen zum Ende des Jahres vorliegen.

## **Radschnellweg nach Berlin: Hohe Hürden bei der Umsetzung**

Zuvor hatte sich der Ausschuss mit einem möglichen Radschnellweg durch Schönefeld befasst. Dazu war der Sprecher der Regionalgruppe Königs Wusterhausen des Allgemeinen Deutschen Fahrradclubs (ADFC), Reinhard Kähler, geladen, der zunächst einen kurzen Einblick in die im Juni durch den Kreistag beschlossene Radwegkonzeption des Landkreises gab. Dort sind für die nächsten zehn Jahre insgesamt 12 prioritäre Maßnahmen festgeschrieben, die sukzessive umgesetzt werden sollen. Rund 100 Millionen Euro will der Landkreis in den nächsten Jahren in den Aus- und Neubau von Radverkehrsanlagen investieren, vorrangig an Bundes- und Landesstraßen sowie an Kreis- und Gemeindestraßen, die von mehr als 2000 Autos am Tag befahren werden. Um Kommunen die Möglichkeit zu geben, selbst aktiv zu werden, wurde zudem ein Förderprogramm aufgelegt.

Neben dem Ausbau eines kreisweiten Radwegenetzes, soll zudem mit einem Radschnellweg eine zügige und sichere Direktverbindung von Königs Wusterhausen nach Berlin geschaffen werden. Grundlage bildet eine Machbarkeitsstudie, die dazu in Auftrag gegeben worden ist. In der Gemeinde Schönefeld stellte sich die Suche

nach einer geeigneten Route jedoch als besonders schwierig dar. Kaum überbrückbare Barrieren bilden nicht nur die durch das Gemeindegebiet führenden Autobahnen, sondern vor allem auch der Flughafen sowie Anlagen der Deutschen Bahn, wie Schönfelds Baudezernentin Kathrin Sczegan ausführte. So seien etwa die derzeit vorhandenen Brückenbauwerke nicht geeignet, um dort einen zusätzlichen Radverkehr zu realisieren.

Der Landkreis hat mehrere Trassenvarianten geprüft, die sich teils jedoch als zu eng und zu gefährlich erwiesen. Um in den Genuss von Bundesfördermitteln zu kommen, müssen zudem einige Voraussetzungen erfüllt sein. So muss der Radschnellweg mindestens zehn Kilometer lang, vor allem aber auch vier Meter breit sein. Dies sei bei der Trasse, für die der Landkreis Dahme-Spreewald nun eine Entwurfsplanung erarbeiten lassen will, nicht durchgehend gegeben. Die Trasse soll von der Waltersdorfer Allee nach Kiekebusch führen. Dort werden jedoch weitere Probleme aufgrund des hohen Pkw- und Lkw-Durchgangsverkehrs gesehen. Es müsse geprüft werden, ob der Radverkehr gegebenenfalls um den Ort herumgeführt werden kann, so Sczegan. Die Machbarkeitsstudie des Landkreises hatte zudem eine andere Route als Vorrangroute ergeben. Diese soll aus Königs Wusterhausen über die B179 und dann Höhe A10-Center entlang der L400 nach Waltersdorf und dort westlich am Ort vorbeiführen. Die Kiekebuscher-Variante sei nach Ansicht des Kreises jedoch schneller zu realisieren und soll daher als erstes näher betrachtet werden, erläuterte Radverkehrsexperte Reinhard Kähler.

## **Einen Kommentar schreiben**